

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Prof. Dr. Markus Gehrlein, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe

Insolvenzrechtliche Überschuldung trotz Bilanzierung zu Fortführungswerten?
– Zur Unterscheidung von Fortführungsprognose und Fortbestehensprognose –

1

Rechtsanwalt Georg Jäger, Nürnberg

Der Überbrückungskredit im Lichte des Entwurfs der Richtlinie über präventive Restrukturierungsmaßnahmen

9

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

Bundesgerichtshof	10.10.2017	II ZR 353/15*	Zur Qualifizierung einer Zahlung als Einzahlung einer Einlage, wenn sich die Gesellschaft die erneute Einforderung der an den Kommanditisten zurückgezählten Einlage in der Weise vorbehält, dass sie den Zahlungsvorgang ungeachtet des Fehlens darlehensstypischer Regelungen als Darlehensgewährung bezeichnet; kein als Insolvenzforderung anmeldbarer Ersatzanspruch des Kommanditisten aus § 110 Abs. 1 HGB, der seine Einlage durch eine Zahlung an die Gesellschaft wieder auffüllt, ohne hierzu rechtlich verpflichtet zu sein	14
Bundesgerichtshof	7.11.2017	II ZR 37/16*	Zur Berücksichtigung der vom Bieter für den Erwerb von Wandelschuldverschreibungen gezahlten Preise bei der Ermittlung der angemessenen Gegenleistung für ein Übernahmeangebot	18
Bundesgerichtshof	7.11.2017	II ZB 4/17	Bei der Bemessung der Beschwer einer Treuhandkommanditistin einer Publikums-Kommanditgesellschaft durch die Verurteilung zur Auskunftserteilung über Namen, Anschrift und Beteiligungshöhe keine Berücksichtigung der durch eine Pflicht zur Benachrichtigung der betroffenen Treugeber verursachten Kosten	22
Bundesgerichtshof	16.11.2017	III ZR 382/15	Zur Inanspruchnahme eines Treuhänders und Mittelverwendungskontrolleure eines Filmfonds, der nicht auf die Einrichtung eines seiner unwiderruflichen alleinigen Verfügungsbezug unterliegenden Treuhandkontos geachtet hat, auf Ersatz des Zeichnungsschadens des Anlegers; zum Schutzzweck der den Mittelverwendungskontrolleur treffenden Pflichten in Bezug auf ein solches Treuhandkonto	24
Bundesgerichtshof	12.10.2017	V ZB 131/16*	Vorlage eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses, mit dem neben dem Anspruch auf Rückgewähr der Grundschuld das „Zustimmungsrecht“ des Grundstückseigentümers „zur Löschung der Grundschuld gemäß § 1183 BGB, § 27 Satz 1 GBO“ gepfändet worden ist, kein ausreichender Nachweis gegenüber dem Grundbuchamt, dass der Antragsteller berechtigt ist, die grundbuchrechtlich erforderliche Zustimmung des Eigentümers zur Löschung der Grundschuld an dessen Stelle zu erklären	30
Bundesgerichtshof	22.11.2017	VIII ZR 83/16*	Zur stillschweigend vereinbarten Wiederbegründung einer unter Verwendung des Zahlungsdienstes PayPal getilgten Kaufpreisforderung, wenn das PayPal-Konto des Verkäufers nach einem erfolgreichen Antrag des Käufers auf Käuferschutz nach Maßgabe der PayPal-Käuferschutzrichtlinie rückbelastet und der Kaufpreis dem PayPal-Konto des Käufers wieder gutgeschrieben wird	32
Bundesgerichtshof	22.11.2017	VIII ZR 213/16*	Zur stillschweigend vereinbarten Wiederbegründung einer unter Verwendung des Zahlungsdienstes PayPal getilgten Kaufpreisforderung, wenn das PayPal-Konto des Verkäufers nach einem erfolgreichen Antrag des Käufers auf Käuferschutz nach Maßgabe der PayPal-Käuferschutzrichtlinie rückbelastet und der Kaufpreis dem PayPal-Konto des Käufers wieder gutgeschrieben wird	37

Bundesgerichtshof	16.11.2017	IX ZR 260/15*	Zulässigkeit eines Opt-in-Beschlusses über die Anwendung des SchVG 2009 auch nach Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Schuldners; Aufhebung von Beschlüssen der Gläubiger einer Schuldverschreibung dann nur durch das Insolvenzgericht	42
Bundesgerichtshof	7.11.2017	XI ZR 369/16	Zur Unwiderruflichkeit des Widerrufs einer auf Abschluss eines Verbraucherdarlehensvertrags gerichteten Willenserklärung nach dessen Zugang	45
Bundesgerichtshof	28.11.2017	XI ZR 211/16*	Berufung des Bürgen nach § 768 Abs. 1 Satz 1 BGB auf ein Leistungsverweigerungsrecht des Hauptschuldners aus einem zwischen diesem und dem Gläubiger geschlossenen Stillhalteabkommen	48
Bundesgerichtshof	28.11.2017	XI ZR 432/16	Zur Deutlichkeit einer bei Verbraucherdarlehensverträgen grundsätzlich entbehrlichen Belehrung über die Widerrufsfolgen	50
Sonstiges				
Bundesgerichtshof	21.11.2017	XI ZR 106/16	Eingang einer Berufungserwiderung oder ergebnisloses Setzen einer Frist zur Erwidern gegenüber Berufungsbeklagten keine Voraussetzungen für Verfahren nach § 522 Abs. 2 ZPO	51
Bundesgerichtshof	27.9.2017	XII ZR 48/17	Zur Befugnis des Tatrichters, im Rahmen der freien Würdigung des Verhandlungsergebnisses den Behauptungen und Angaben einer Partei unter Umständen auch dann zu glauben, wenn diese ihre Richtigkeit sonst nicht beweisen kann	53

Bücherschau

Christopher Danwerth	Das Finanztransfergeschäft als Zahlungsdienst Rezensent: Univ.-Prof. Dr. Sebastian Omlor, LL.M. (NYU), LL.M. Eur., Marburg	54
Peter Bülow/Markus Artz	Zahlungskontengesetz (ZKG) Rezensent: Ministerialrat a.D. Michael Findeisen, Berlin	55
Heinz Rowedder/Christian Schmidt-Leithoff	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung: GmbHG	56